

Ein Haus mit vielen Gesichtern

DAS POLIZEIPRÄSIDIUM WUPPERTAL
ALS LOKALE TOPOGRAFIE DES NS-TERRORS UND
HISTORISCHER LERNORT

Michael Okroy

Das im September 1939 aus Geheimer Staatspolizei, Kriminalpolizei und SD, dem Sicherheitsdienst der SS, gegründete Reichssicherheitshauptamt (RSHA) mit Reinhard Heydrich ist zweifellos als die zentrale Terror- und Mordinstitution im NS-Staat anzusehen.¹ Sie war seit ihrer Einrichtung nicht nur verantwortlich für beinahe alle Verfolgungs-, Deportations- und Vernichtungsmaßnahmen sowohl in Deutschland selbst als auch in den von der Wehrmacht besetzten Ländern West-, vor allem jedoch Osteuropas; aus ihrem vergleichsweise schmalen Personalreservoir rekrutierte das RSHA auch den Großteil der Kommandeure und Führungsoffiziere der Einsatzgruppen und -kommandos der Sicherheitspolizei und des SD in den besetzten Ländern und die Leiter der dortigen regionalen Gestapostellen. Die von Ulrich Herbert und Michael Wildt ausgemachte Kerngruppe der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik entstammt nahezu ausnahmslos aus den Reihen des RSHA-Führungspersonals.

Das so genannte »Prinz-Albrecht-Gelände« im Zentrum Berlins, wo das RSHA einst residierte, beherbergt heute die provisorische Ausstellung »Topographie des Terrors«, die in absehbarer Zukunft in das in Vorbereitung befindliche Zentrum zur Dokumentation und Erforschung vor allem der Täter und Täterinstitutionen im Nationalsozialismus integriert werden soll. Daneben sind in Deutschland in den zurückliegenden Jahren zahlreiche dezentrale Topografien des NS-Terrors entstanden. Sie beziehen sich zumeist auf Orte in einer Stadt oder einer Region, an denen sich die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik anschaulich dokumentieren lässt: z. B. ehemalige Konzentrationslagerstätten, Zwangsarbeiterunterkünfte, Justiz- und Polizeigebäude oder lokale bzw. regionale Gestapozentralen.

Das Polizeipräsidium Wuppertal als regionale Gestapo-Zentrale, alliiertes Internierungslager und »Neues Rathaus«

Ein solcher lokaler Ort, an dem sich die verbrecherische Politik des NS-Staates gegenwärtigen lässt, ist das Polizeipräsidium der Stadt Wuppertal, die mit rund 380 000 Einwohnern das Oberzentrum der Region Bergisch Land (NRW) bildet. Das dortige Präsidium wurde Ende Oktober 1939 – am Vorabend des 2. Weltkriegs – nach dreijähriger Bauzeit in Betrieb genommen und ist eines der wenigen noch erhaltenen NS-Funktionsbauten in dieser Stadt. Seit Ende der 1930er Jahre dient das Gebäude nahezu ununterbrochen als Sitz einer Polizeibehörde, deren Zuständigkeit neben Wuppertal auch die Städte Remscheid und Solingen sowie mehrere Nachbargemeinden umfasst. Von 1939 bis 1945 residierten in diesem im klassischen Funktionalstil errichteten Bau zudem die für das bergische Städtedreieck zuständige Außenstelle Wuppertal der Staatspolizei-(leit)stelle Düsseldorf und der lokale Sicherheitsdienst der SS. Durch diese Konzentration der Dienststellen von Sicherheitspolizei (Gestapo und Kripo) und SD unter einem Dach avancierte das Polizeipräsidium Wuppertal nicht nur zur regionalen Zentrale der



Das Polizeipräsidium
Wuppertal in
den 1950er Jahren
Foto: Staatsarchiv
Wuppertal

nationalsozialistischen Verfolgungsbehörden; die zunächst aus pragmatischen Gründen erfolgte Zentralisierung ließ sich im übertragenden Sinn auch als sinnfälliger Ausdruck der von Himmler und Heydrich seit Mitte der 1930er Jahre forcierten institutionellen Verschmelzung von Polizei, SS und Gestapo interpretieren. Im September 1936 hatte der »Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei« nämlich per Erlass den »unverzüglichen Beginn« des bereits seit längerem geplanten Präsidiums angeordnet. Bis dahin waren sämtliche Polizeidienststellen dezentral und in provisorischen Behausungen untergebracht. Dass Wuppertal als westdeutsche Großstadt und Zentrum eines ungemein bevölkerungsreichen Polizeipräsidiabezirks selbst drei Jahre nach dem Machtantritt Hitlers noch immer nicht über einen Ort verfügte, an dem auch in baulicher Hinsicht die neue Rolle der Polizei als Instrument der »Führerexekutive« ablesbar war und die institutionelle Machtfülle der neuorganisierten Sicherheits- und Verfolgungsorgane wirkungsvoll demonstriert werden konnte, musste aus Sicht der Berliner Zentrale zwangsläufig als Widerspruch zu Himmlers und Heydrichs Polizeikonzeption empfunden werden. So besaß dieser »Bauerlass« vom September 1936 neben einer pragmatischen auch eine zweifellos staatspolitische Relevanz. Als schließlich im Januar 1940 das über 700 Räume umfassende Gebäude der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sahen die regionalen Zeitungen darin ein »eindrucksvolles Denkmal nationalsozialistischen Bauens« und beschrieben das Präsidium als »wohlgelungenen Monumentalbau, in dem sich Schönheitssinn und Zweckmäßigkeit glücklich vermählt« haben.

Unmittelbar nach dem Krieg nahmen dann die alliierten Besatzungsbehörden das riesige Gebäude in Beschlag, richteten dort zahlreiche Dienststellen ein und nutzten das rund 100 Haftzellen umfassende Polizeigefängnis vorübergehend als »temporary camp«, als Internierungslager für NS-Funktionäre. Seit Dezember 1945 diente das Präsidium außerdem lange Jahre als Ersatzgebäude für das stark bombenbeschädigte Wuppertaler Rathaus. Der große, in unmittelbarer Nachbarschaft der früheren Gestaporäume gelegene Festsaal des Polizeipräsidiiums, in dem damals die gewählten Stadtverordneten tagten, wurde zu einem zentralen Ort der Redemokratisierung einer

Großkommune. Neben den britischen Militärdienststellen beherbergte das Präsidium während dieser Jahre nahezu alle Ämter der Stadtverwaltung, u.a. die lokale Entnazifizierungsbehörde sowie die Stadtkreispolizei. Von Oktober 1967 bis März 1968 war der große Präsidiumssaal schließlich Schauplatz eines überregional beachteten NS-Massenmordprozesses gegen ehemalige Angehörige eines Ordnungspolizeibataillons.

»Wir wollen nicht vergessen!« – Ein Täter-Ort im historischen Gedächtnis der Stadt

Diese wenigen Informationen skizzieren in groben Zügen die überaus wechselhafte und widersprüchliche Geschichte des Wuppertal Polizeipräsidiums. Wie an keinem anderen Ort in dieser Stadt lassen sich dort nicht nur zentrale Aspekte der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, sondern auch der entscheidenden Jahre nach 1945 und sogar des Versuchs einer justitiellen Aufarbeitung von NS-Verbrechen wie in einem Brennpunkt bündeln, dokumentieren und unter historisch-didaktischen Gesichtspunkten vermitteln. Dass dieser in hohem Maße ideologisch kontaminierte Ort allerdings jahrzehntelang eine ‚Leerstelle‘ in der lokalen Gedenktopografie des Nationalsozialismus markierte und erst schrittweise historisch erschlossen worden ist, verweist auf das virulente Problem, sich auf regionaler und lokaler Ebene eines expliziten Täter-Orts anzunehmen und diesen im historischen Gedächtnis einer Stadt zu verankern. Vor allem das offizielle Erinnerungsbemühen der Kommunen war – und ist vielfach immer noch – auf jene Orte beschränkt, die mit den Opfern der NS-Politik in Verbindung stehen. Wenn es Gedenkfeierlichkeiten anlässlich bestimmter historischer Ereignisse und Daten gibt, finden diese zumeist an Standorten ehemaliger Synagogen oder an Mahnmälern aus der Nachkriegszeit statt. Dies trifft auch auf Wuppertal zu, wo man über viele Jahre zwar gerne an den hartnäckigen Widerstand einer starken Linksopposition erinnerte, darüber aber vergaß, dass die Stadt in den 1920er Jahren zugleich das wichtigste Zentrum der NS-Bewegung in Westdeutschland gewesen war und zahlreiche prominente NS-Funktionäre (Joseph Goebbels, Karl Kaufmann, Erich Koch, Victor Lutze) dort ihre politische Karriere begonnen hatten. So sehr diese Focussierung auf den Widerstand und die Opfer des NS-Regimes auch ihre erinnerungspolitische Berechtigung haben mochte: In der Konsequenz führte diese einseitige Perspektive letztlich zu einer kollektiven Entlastung und förderte die Ignoranz gegenüber der Verantwortung für das NS-Unrecht. Denn mit der nahezu ausschließlichen Zentrierung der öffentlichen Erinnerung auf die Leidtragenden, gerieten das Gros der Täter und der Mittäter sowie die vielen Mitläufer, Zuschauer, Komplizen und Profiteure des NS-Regimes aus dem Blickfeld. Und damit auch jene städtischen, staatlichen und privaten Institutionen, die am bürokratisch organisierten Prozess der Entrechtung, Verfolgung, Beraubung und Ermordung beteiligt gewesen sind. Zu diesen Institutionen zählen natürlich primär die Polizei- und Justizbehörden, aber auch Krankenhäuser, Gesundheitsämter, Stadtverwaltungen, Finanz- und Zollbehörden, das Arbeitsamt und die Industrie- und Handelskammern. Dieses Ausblenden individueller und institutioneller Verantwortung für begangene Untaten und unterlassene Hilfeleistung während der NS-Zeit dokumentiert zugleich das »Unvermögen, Relikten der Täterwelt offen ins Gesicht zu sehen, und war und ist mit dem Unwillen gepaart, Spiegelbilder eigener Verstrickung zu erkennen.«²

Den ersten Impuls, die wechselhafte Geschichte des Polizeipräsidiums Wuppertal ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, gab eine öffentliche Veranstaltung im Herbst



Wandbild »Die Neue Zeit« im Polizeipräsidium Wuppertal
Foto: Stadtarchiv Wuppertal

1997, zu der die Begegnungsstätte Alte Synagoge gemeinsam mit dem damaligen Polizeipräsidenten eingeladen hatte. Anlass war der so genannte Wuppertaler Bialystok-Prozess, der im Oktober 1967 eröffnet wurde und der aus Platzgründen in den großen Saal des Polizeipräsidiiums verlegt werden musste. Vor dem Schwurgericht standen damals vierzehn ehemalige Angehörige des Polizeibataillons 309, die sich wegen der Ermordung von über 1000 Juden aus Bialystok im Juni 1941 zu verantworten hatten.³ Zwei der Hauptangeklagten stammten aus Wuppertal, einer von ihnen war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung Führer einer Wuppertaler Bereitschaftspolizeihundertschaft und gleichzeitig Lehrer an der Landespolizeischule »Erich Klausener« in Bork. Die überwältigende Resonanz auf diese Podiumsveranstaltung, an der u.a. der damalige Vorsitzende Richter, Prozessbeobachter und der Ermittler des LKA (NRW) teilnahmen, aber auch die während der Diskussion offenkundig werdenden Schwierigkeiten einiger Polizeibeamter, die von Polizeieinheiten begangenen Verbrechen als Teil »ihrer« Geschichte zu akzeptieren, war ein entscheidendes Initial. Wuppertals damals amtierender Polizeipräsident Koehler bekannte nicht nur freimütig, dass die Angeklagten »Polizeibeamte aus unserer Stadt waren«⁴; angesichts des großen Publikumsinteresses an den Tätern und der Rolle der Ordnungspolizei während des Krieges, sicherte er zudem die Unterstützung seiner Behörde bei weiteren Initiativen dieser Art zu. Mit dieser denkwürdigen Veranstaltung am authentischen Ort des Bialystok-Prozesses war der erste Schritt getan, das Polizeipräsidium in der Öffentlichkeit als historischen Lernort zu etablieren.

Ein Jahr brauchte es allerdings, bis sich im Herbst 1998 erstmalig eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe im Wuppertaler Polizeipräsidium zusammenfand, um über weitere Möglichkeiten der historischen Erschließung dieses Ortes zu beraten. Anlass war der bevorstehende 60. Jahrestag der offiziellen Inbetriebnahme des Polizeipräsidiiums im September 1999. Zehn Jahre zuvor, zum 50. Jahrestag, hatte sich der Wuppertaler Polizeipräsident noch nicht damit anfreunden können, auf dieses Datum historisch verantwortungsbewusst zu reagieren. Eine offizielle Jubiläumsveranstaltung an einem Ort, der mit den NS-Verbrechen untrennbar verknüpft ist, kam für ihn damals, 1989, nicht

in Frage. So blieb das Polizeipräsidium weiterhin ein erinnerungspolitisches Desiderat, da es offenbar seinerzeit an Ratgebern und konstruktiven Ideen für ein »Jubiläum« fehlte, das auf selbstkritische und reflektierende Weise der einstmaligen Funktion dieses Gebäudes als Gestapozentrale gerecht würde. Die im Herbst 1998 auf Anregung der Begegnungsstätte Alte Synagoge eingerichtete Arbeitsgruppe, an der regelmäßig u.a. der Polizeipräsident, zwei Historiker und ein Vertreter des städtischen Presseamts teilnahmen, hatte sich drei konkrete »Projekte« vorgenommen: Erstens sollte zum 60. Jahrestag des Präsidiums eine Gedenk- und Erinnerungstafel angebracht werden; zweitens sollte eine umfassende Dokumentation der Bau- und Funktionsgeschichte des Polizeipräsidiums angeregt werden und drittens sollten aus dieser Arbeitsgruppe wirksame Anstöße zu systematischen Forschungen über die Wuppertaler Polizei während der NS-Zeit ausgehen. Die heterogene Zusammensetzung der Arbeitsgruppe und die bei allem Sachengagement doch recht großen inhaltlichen Differenzen und Vorstellungen der Teilnehmer führten indes dazu, das geplante Arbeitspensum auf ein realisierbares Maß zu beschränken. Bei den nachfolgenden Treffen der Gruppe konzentrierten sich die Gespräche deshalb weitgehend darauf, ein würdiges und zeitgemäßes Erinnerungszeichen zu schaffen.

Das Ergebnis der sehr konstruktiven und oft kontroversen Gespräche war eine Gedenktafel, die bewusst auf jegliche Pathosformeln und Betroffenheitsfloskeln verzichtet und statt dessen dem Betrachter ein Mindestmaß an historischer Information über die Bedeutung des Polizeipräsidiums als lokaler »Topografie des NS-Terrors« vermittelt. Zudem einigte sich die Arbeitsgruppe nach einigen Schwierigkeiten darauf, die von der Wuppertaler Gestapo verfolgten Opfergruppen ausdrücklich beim Namen zu nennen und diese nicht – wie immer noch vielfach üblich – durch einen kollektiven Sammelbegriff (z. B. »den Opfern«) zu anonymisieren. Ferner verständigten sich die Teilnehmer nach einer kontroversen Diskussion auf eine zeitgemäße formale Gestaltung des Erinnerungszeichens. Anstatt der konventionellen Ausführung in Bronze oder einem ähnlich pathetischen Material, wählte man ein transparentes Kunstglas. Trotz aller Übereinstimmung in der Intention stießen jedoch zwei im Zuge der Diskussionen vorgebrachte Überlegungen bei einigen Teilnehmern der Arbeitsgruppe auf heftigen Widerstand. Die eine Überlegung sah vor, auf der Gedenktafel neben der Gestapo auch die »normale« Polizei als Täter-Institution zu benennen. Damit sollte der bequemen Verlagerung der Verantwortung für die NS-Verbrechen allein auf die Geheime Staatspolizei entgegengewirkt werden. Die andere sehr heftig geführte Debatte entzündete sich an dem Vorschlag, auf der Gedenktafel auch zu erwähnen, dass nachweislich eine Reihe der im Gefängnis des Polizeipräsidiums inhaftierten und in KZ deportierten Personen zuvor denunziert worden waren. Der Versuch, mit der textlichen Ergänzung um den Aspekt »Denunziation« zur kritischen Selbstaufklärung beizutragen und die Verantwortung für begangenes Unrecht im übertragenen Sinn an den Betrachter der Gedenktafel zurückzugeben, wurde von einigen Gesprächsteilnehmern als eine Art Frontalangriff auf die kollektive Mentalität der (Wuppertaler) Bevölkerung aufgefasst. Trotz hartnäckiger und fundierter Argumentation auf der Basis historischen Quellenmaterials war dieser Vorschlag nicht durchsetzbar.

Am 1. September 1999 schließlich wurde im Rahmen einer öffentlichen Gedenkveranstaltung das Erinnerungszeichen am Portal des Polizeipräsidiums enthüllt. Der mit dieser symbolischen Zeremonie verbundene Imperativ, ausgedrückt in der Überschrift der



Die drei Sinti-Beamteten
Helmuth und Paul Kreber
mit dem Sinti-Beamteten
Helmut Weiss
Wuppertal, Wuppertal

Ehrung im Polizeipräsidium: Die von dem Kripobeamten Paul Kreber geretteten Sinti Johann, Paul und Helmut Weiss spielen für »Zigeuner-Paul«.
Foto:
Christoph Schönbach

Tafel »Wir wollen nicht vergessen!«, bereitete aber die nächste Etappe der Erschließung des historischen Lernorts Polizeipräsidium vor. Im Frühjahr 1943 wurden infolge des von Himmler herausgegebenen »Auschwitz-Erlasses« vom Dezember 1942 die noch im Deutschen Reich verbliebenen, als »rassisch minderwertig« und »asozial« eingestuften Sinti und Roma verhaftet und anschließend in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Die Organisation und Durchführung oblag dem Berliner Reichskriminalpolizeiamt, das seine Befehle und Weisungen an die regionalen und lokalen Kripostellen weitergab. Anfang März 1943 fanden auch in Wuppertal Verhaftungsaktionen an den Wohnorten der »Zigeuner« statt. Durch eine riskante Rettungsaktion des Polizeibeamten Paul Kreber blieben jedoch einige Sintifamilien vor der Deportation bewahrt. Kreber versah seinen Dienst beim Erkennungsdienst der Kripo, wo er zu Zugang zu den Verhaftungs- und Deportationslisten hatte. Diese nahm er unbemerkt mit nach Hause und manipulierte sie, indem er einige Namen von der Liste strich. Andere Sinti ließ er durch einen Mittelsmann warnen und besorgte einigen von ihnen nach der Verhaftungsaktion sogar falsche Ausländerpässe. Auf Initiative der durch ihn geretteten »Zigeuner« und des Zentralrats der Deutschen Sinti und Roma erhielt Paul Kreber 1988 das Bundesverdienstkreuz. In seiner Wahlheimatstadt Wuppertal, in der er noch bis 1966 als aktiver Polizist tätig war, war dies nur am Rande zur Kenntnis genommen worden. Eine Würdigung oder Erinnerung an dieses außergewöhnliche und nachgerade beschämende Beispiel von Zivilcourage und humanem Handeln fand nicht statt.

Diese Form der Geschichtsvergessenheit lieferte das Motiv, mit einer symbolischen Geste jenes Kriminalbeamten zu gedenken, der angesichts gesellschaftlicher Verrohung, Passivität und Gleichgültigkeit bewiesen hatte, dass es selbst innerhalb des NS-Verfolgungsapparates individuelle Spielräume für moralisch überlegene und humane Entscheidungen gab. Einmal mehr bewährte sich die kooperative und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Begegnungsstätte Alte Synagoge und dem Polizeipräsidenten. Förderlich wirkte sich allerdings ebenso aus, dass durch die im Jahr 2000 verstärkt

einsetzende Welle rechtsradikaler und rassistischer Gewalt Bürger und Politiker alarmiert und Initiativen zur Förderung von Zivilcourage begierig aufgegriffen wurden. Nach einigen vorbereitenden Gesprächen entstand vor diesem Hintergrund eine aus öffentlichen Mitteln geförderte Erinnerungstafel, die am 1. Dezember 2000 im Rahmen einer kleinen Feierstunde enthüllt wurde. Während auf der ein Jahr zuvor angebrachten Tafel eine Täter-Institution und die von ihr verfolgten Opfergruppen im Zentrum stand und als symbolische Geste bewusst auch nach außen, an die städtische Öffentlichkeit gerichtet war, sollte nun das konkrete Handeln einer Einzelperson im Mittelpunkt stehen. Das an einem von Polizeiangehörigen stark frequentierten Ort im Inneren des Präsidiums angebrachte Erinnerungszeichen war aber zugleich nach Innen, in die Polizeibehörde hinein, gerichtet, zumal das Gedenken auch einer bis heute (polizeilich) stigmatisierten Minderheit galt.

Es verwundert daher nicht, dass bereits im Vorfeld dieser Veranstaltung zur Erinnerung an Paul Kreber und die Zigeunerverfolgung durch die Polizei deutliche Zeichen der Ablehnung und Skepsis laut wurden. Gleichwohl hatten die beiden 1999 und 2000 realisierten Gedenk- und Erinnerungszeichen innerhalb des Polizeipräsidiums eine Bereitschaft zur Übernahme historischer Verantwortung signalisiert und einen inzwischen irreversiblen Prozess beschleunigt. So ist das Polizeipräsidium seit dieser Zeit ein fester Bestandteil der von der Begegnungsstätte Alte Synagoge regelmäßig durchgeführten Stadt- und Ortsführungen zur NS-Geschichte. Regelmäßig werden auch Besucher, zumeist Lehrer- und Schülergruppen, durch das Haus geführt. Seit September 2002 arbeitet unter fachlicher Leitung des Autors ein gymnasialer Geschichts-LK an einem Projekt zur Wuppertaler Polizei in der NS-Zeit. Bemerkenswert ist sicher auch, dass der diesjährige, städtisch organisierte und von Schulen gestaltete Gedenktag zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar im ehemaligen Festsaal des Polizeipräsidiums stattgefunden hat.

Entsorgen oder bewahren? –

Der schwierige Umgang mit NS-Wandbildern in einem Polizeipräsidium

Die hier genannten Beispiele der auf das Polizeipräsidium Wuppertal bezogenen Initiativen haben zum einen das Bewusstsein für die historische Dimension dieser »Topografie des NS-Terrors« in mitten der Stadt deutlich geschärft, zum anderen das streng und abweisend wirkende Gebäude, das viele Menschen immer noch mit gemischten Gefühlen betreten, für die Öffentlichkeit gleichsam zugänglicher gemacht und sukzessive erschlossen. Erfreulicherweise wurden diese Initiativen stets auch von den lokalen und regionalen Medien positiv aufgegriffen und durch eine – zuweilen bemerkenswert fundierte – Berichterstattung begleitet. Ein unmittelbar praktisches Resultat dieser Bemühungen war die Einbeziehung des Polizeipräsidiums in das Veranstaltungsprogramm anlässlich des alljährlich stattfindenden »Tag des offenen Denkmals« im September 2000. Vor wenigen Jahren wäre es noch undenkbar gewesen, das seit 1985 als Denkmal eingetragene Gebäude für das breite Publikum zu öffnen. Zwischen 1936 und 1939 erbaut, weist das Präsidium im Inneren eine auf beachtlich hohem künstlerischen und handwerklichen Niveau durchgeführte Raumgestaltung auf, der unübersehbar ein eindeutig ideologisches Programm eingeschrieben ist. Zu dieser Hinterlassenschaft des »Dritten Reiches« gehören auch zwei großformatige und komplementär aufeinander bezogene Wandbilder mit den Titeln »Die Alte Zeit« und »Die Neue Zeit«. Sie wurden

im Herbst 1999 bei Restaurierungsarbeiten der Denkmalbehörde wiederentdeckt und sukzessive freigelegt. Ausgeführt wurden sie von dem bedeutenden Historienmaler und Düsseldorfer Akademieprofessors Hans Kohlschein. Die »Alte Zeit« zeigt drei Ritter auf Pferden mit den Bannern der Grafschaften Mark, Berg und Jülich. Die Wandmalerei verweist damit auf ein für die Geschichte des Bergischen Landes als Region bis in die Gegenwart hineinwirkendes und identitätsstiftendes Ereignis, und zwar die legendäre Schlacht von Worringen am 5. Juni 1288. In dieser Schlacht hatten sich die genannten Grafschaften mit der Stadt Köln gegen den Kölner Erzbischof Siegfried von Westerburg und einige niederrheinische Landesherren siegreich verbündet. Die »Neue Zeit« zeigt dagegen drei Reiterfiguren in den Uniformen und mit den Standarten von SS, Wehrmacht und Polizei, den drei tragenden Machtinstitutionen des NS-Staates. Die beiden monumentalen Allegorien lassen sich als ein zum Bildprogramm verdichtetes ideologische Konzept des »tausendjährigen Reichs« lesen.⁵

Einen Schlüssel zur Deutung der beiden Wandbilder im Polizeipräsidium ist das in der abendländischen Bild- und Texttradition zu höchster Kunst und als universelles Erklärungsmodell entwickelte Interpretationsschema von Typus und Antitypus, d. h. die Bezogenheit von Altem und Neuem Testament, von Verheißung und Erfüllung. Nach diesem typologischen Muster findet die Verheißung des AT ihre Erfüllung in der Person Christi. Vor diesem hier nur andeutungsweise skizzierten Hintergrund lässt sich der Gehalt der beiden Wandbilder als Prozess einer Transformation abendländisch-religiöser Bildvorstellungen in den Kontext des Nationalsozialismus als neuer Religion beschreiben.⁶ Die ideologische Botschaft der Bilder »Alte Zeit« und »Neue Zeit« wäre demnach so zu lesen: Die profane, auf Machterhalt und Gebiets-erweiterung bezogene Verheißung, die mit der Schlacht von Worringen im Jahr 1288 verbunden war, also die »Alte Zeit«, hat im nationalsozialistischen Staat, im »tausendjährigen Reich« ihre Erfüllung gefunden. Als machtgestützte und treuergebene Kämpfer und Garanten dieser »Neuen Zeit«, in der rassepolitisch motivierte Weltanschauungskriege an die Stelle anachronistischer Territorialkonflikte treten, figurieren SS, Wehrmacht und Polizei.

Diese und zwei weitere von Hans Kohlschein für das Polizeipräsidium geschaffene Wandbilder zählen nicht nur zu den umfangreichsten profanen Malereizyklen der 1930er Jahre im Rheinland; bei den Allegorien »Alte Zeit« und »Neue Zeit« handelt es zudem um einzigartige und für die Geschichte des Wuppertaler Polizeipräsidioms in hohem Maße aufschlussreiche Zeugnisse aus der NS-Zeit. Darüber hinaus dokumentiert ihr aktueller Zustand auch einige von den alliierten Besatzungssoldaten verursachte Beschädigungen, die in ihrer Prägnanz und Eindeutigkeit gleichsam einen »Kommentar« der Befreier und neuen Hausherren im Präsidium darstellen und damit selbst zu historischen Zeugnissen geworden sind. Wenige Monate nach abgeschlossenen Freilegung der Bilder kam im Sommer 2001 im Polizeipräsidium Wuppertal auf Anregung der Begegnungsstätte eine Expertenrunde aus Denkmalschützern, Regierungspräsidium und Polizeibehörde zusammen, um gemeinsam mit Historikern und Gedenkstättenmitarbeitern

Die 1999 angebrachte Gedenktafel am Portal des Polizeipräsidioms. Foto: Stadtarchiv Wuppertal



über Möglichkeiten einer Sicherung und historisch fundierten Dokumentation der NS-Wandbilder zu beraten. Konsens bestand seinerzeit darin, die Wandbilder zunächst denkmalgerecht zu sichern und teilweise zu rekonstruieren. In einem zweiten Schritt sollten die Wandbilder dann mit ihren unterschiedlichen »Zeit-Spuren« in den Gesamtkontext der Bau- und Funktionsgeschichte des Polizeipräsidiums integriert, historisch kommentiert und schließlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ob allerdings dieses anspruchsvolle Vorhaben tatsächlich umgesetzt wird, steht derzeit in den Sternen. Seit fast einem Jahr stockt die Arbeit an dem Wandbild-Projekt; weitere und konkrete Realisierungsschritte haben seitdem nicht mehr stattgefunden. Inzwischen ist sogar gerüchteweise davon die Rede, dass die zuständigen Landesbehörden – Regierungspräsidium und Bau- und Liegenschaftsbetrieb – das vereinbarte Ziel von ihrer Prioritätenliste gestrichen haben. Es scheint also, dass ein bundesweit wohl einmaliges und als Modell taugliches Projekt, nämlich die historisch fundierte Aufbereitung und Dokumentation bildnerischer Hinterlassenschaften aus der NS-Zeit in einem öffentlichen Behördenbau, auf halbem Wege abgeblockt wird. Ein mögliches Alternativ-Szenario könnte jetzt so aussehen: Mit dem Argument leerer Kassen wird jetzt die ursprünglich von der Polizeibehörde und von der staatlichen Liegenschaftsverwaltung favorisierte Empfehlung, die Bilder reversibel zu überstreichen, als Lösung offeriert. Diese Form einer zweiten »Entnazifizierung« des Polizeipräsidiums (nach der ersten Überstreichung in den 1950er Jahren) wäre allerdings ein gewaltiger Rückschritt gegenüber dem bis dato erreichten Stand der historischen Erschließung dieses Gebäudes.

Mit den bisherigen erinnerungspolitischen Bemühungen haben die beiden Wuppertaler Polizeipräsidenten und die zuständigen Landesbehörden sowohl Bereitschaft zur Übernahme geschichtlicher Verantwortung als auch Mut für weitergehende Schritte signalisiert. Diese Bereitschaft, sich der wechselhaften und widersprüchlichen Geschichte des Polizeipräsidiums zu stellen und sie kritisch aufzuarbeiten, muss sich nun aktuell im Umgang mit den NS-Wandbildern in diesem Hause beweisen – auch und erst recht unter erschwerten finanziellen Rahmenbedingungen.

Michal Okroy, Literatur- und Sozialwissenschaftler, arbeitet freiberuflich im Bereich Recherche und Dokumentation zur Zeitgeschichte und als freier Mitarbeiter an der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal.

Anmerkungen

- 1 Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.
- 2 »Un-Orte im Untergrund.« Frankfurter Rundschau vom 14. 7. 2000.
- 3 Michael Okroy, »Man will unserem Batl. was tun ...« – Der Wuppertaler Bialystok-Prozeß 1967/68 und die Ermittlungen gegen Angehörige des Polizeibataillons 309, in: Alfons Kenkmann/Christoph Spieker (Hg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung – Geschichtsort Villa ten Hompel. Essen 2001, S. 301–317.
- 4 »Die Mordbrenner kamen aus den eigenen Reihen.« Frankfurter Rundschau vom 30. 10. 1997.
- 5 Michael Okroy: Allegorie mit Hakenkreuz und Rune – Zum Fund eines NS-Wandgemäldes im Polizeipräsidium Wuppertal, in: Kenkmann/Spieker (Hg.), a.a.O., S. 318–324.
- 6 Vgl. Michael Ley/Julius H. Schoeps (Hg.), Der Nationalsozialismus als politische Religion. Bodenheim b. Mainz 1997.